

ArbeiterWochenblatt

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen auf 12 Nummern 1,20 Mark

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonat 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufschlaggebühren) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäfts- u. Expeditions-Adressen: Dresden-Alt. / Fernsprechkommunikation 17250 / Postfach Dresden-Alt. 13555, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich ausser an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Druckkosten besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang Sonnabend, den 2. April 1927 Nummer 78

Der ADGB fordert auf jede Leistung von Heberzeitarbeit zu verweigern Gemäß dieser Forderung muß in allen Betrieben sofort der Kampf für den Achtstundentag organisiert werden

Staatsrat, Gewerkschaftsmitglieder! Der Bürgerkrieg ist da und das Heberstunden-Regelwerk zur Verhinderung des Achtstundentages in den allerersten Tagen im Reichstag endgültig durchschießen. Unter Beibehaltung des Achtstundentages in § 1 des Reichsgesetzes soll die zehnjährige Arbeitszeit zum Normalarbeitszeitgesetz erklärt und darüber hinaus für und Tor geöffnet werden, um jederzeit den 12., 14. und mehrtägigen Arbeitstag anordnen zu können.

Die deutsche Arbeiterklasse weiß aus den Erfahrungen der Arbeitszeiterhöhung vom Oktober 1923, durch die der in der Revolution erzwungene Achtstundentag durchbrochen und praktisch die 10- und 12stündige Arbeitszeit eingeführt wurde, welche Folgen die endgültige Annahme des jetzigen Arbeitszeit-Regelwerkes zeitigen müßte.

Das Regelwerk bedeutet eine ungeheure Verschlechterung des jetzigen katastrophalen Zustandes. Tausende Hunderttausende Proletarier würden arbeitslos auf die Straße geworfen.

Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin begreift, daß dagegen alle gewerkschaftlichen Kampfmittel eingesetzt, der geschlossene Kampf der gesamten proletarischen Klasse geführt werden muß. Bei den bestehenden Machtverhältnissen muß ein außerparlamentarischer Kampf wirkungslos verpuffen. Deshalb muß das Übergewicht des Kampfes um den Achtstundentag auf außerparlamentarische Aktionen der Gewerkschaften, des gesamten Proletariats gelegt werden. Nur unter dem massiven geschlossenen proletarischen Aktionismus im ganzen Reich wird der Rückschlag des Bürgerkriegs abgewehrt, die Schaffung des Achtstundentages in letzter Stunde verhindert werden können.

Durch die Erregung der Massen haben sich die freien und nicht-freien Gewerkschaften unter Führung des ADGB ermunert, erneut zu dem Bürgerkrieg-Regelwerk Stellung zu nehmen. Das Ergebnis ihrer Beratung ist folgende aufrichtige Erklärung der Spitzenorganisationen:

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings, deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes erklären nach Prüfung des zwischen den Regierungspartnern vereinbarten Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Arbeitszeiterordnung, daß der neue Entwurf von den Gewerkschaften

ebenso entschieden abgelehnt werden muß wie der am 28. Februar veröffentlichte Vorentwurf.

Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, begnügt sich der Regierungsentwurf damit, die Heberzeitarbeit des Achtstundentages einzuschränken.

In den für die regelmäßige Heberzeitarbeit des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeiterordnung will der Entwurf nichts ändern.

Aber selbst die Heberzeitarbeit des Achtstundentages soll auch künftig in weitgehendem Maße zulässig sein und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangene behördliche Genehmigung einseitig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen.

Gegenüber diesen Absichten erklären die unterzeichneten Verbände erneut, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer und die wachsende Not der Millionen Arbeitslosen erfordert, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten.

Wir fordern die deutsche Arbeiterschaft auf, der Forderung ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Heberzeitarbeit selbst aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Diese Erklärung der gewerkschaftlichen Spitzenorgane ist angesichts der riesigen Gefahr für den Achtstundentag, der unmittelbar drohenden Durchschießung des Regelwerkes schmerzhaft und ungenügend. Ihr fehlt vor allem jede konkrete Anweisung an die einzelnen Gewerkschaften und unteren Gewerkschaftsorgane über die praktische Durchführung der im Schlußsatz ausgesprochenen Forderung. Jedoch ist die Aufforderung an die ganze deutsche Arbeiterschaft, der Forderung ihrer Verbände zu folgen, der Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten und die Leistung von Heberzeitarbeit selbst aus eigenem Entschluß abzulehnen, wenn sie sofort in die Tat umgesetzt wird, geeignet, den geschlossenen Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse um den Achtstundentag auszulösen.

Für alle zurzeit geltenden Arbeitszeiterordnungen in Deutschland enthalten die Bestimmungen: „Die grundsätzliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden pro Tag oder 48 Stunden in der Woche.“ Die darüber hinaus in den meisten Tarifen zugelassene Arbeitszeit bis 51, 54, 56, 60 und mehr Stunden wird ausdrücklich als — wenn auch tarifliche — Heberzeitarbeit bezeichnet.

Hier ist der Punkt, wo jetzt alle Arbeiter, alle Gewerkschaftler, alle Betriebsbelegschaften ihren Kampf einleiten müssen. Die Aufforderung des ADGB muß in die Tat umgesetzt werden.

Jedliche Heberzeitarbeit über 8 Stunden, ob tariflich oder nichttariflich, muß in allen Betrieben „fortak“, d. h. sofort und rechtlos eingestellt werden.

Um diesen Kampf überall einheitlich und geschlossen durchzuführen zu können, ist es notwendig, daß sofort alle Betriebsräte, alle Belegschaften in Betriebsversammlungen, alle Funktionäre und Ortsvereinigungen der einzelnen Verbände und alle Ortsausschüsse Stellung nehmen und ganz konkrete Beschlüsse über ein planmäßiges Vorgehen fassen.

Alle Einmände von Unternehmern und vielleicht auch reformistischen Gewerkschaftsführern, daß eine Verweigerung der tariflich festgelegten Heberzeitarbeit über die 8-Stundenwoche oder die 7-Stundenwoche im Bergbau hinaus Tarifbruch bedeuten würde, sind hinfällig und widersprechen der Aufforderung und Parole des ADGB.

Die Gefahr des endgültigen Verlustes des Achtstundentages ist für die ganze deutsche Arbeiterklasse ein solch schwerwiegendes Faktum, daß keine Macht von den Schlichtungsinstanzen errichteten „tariflichen“ Zwangsmaßnahmen die Arbeiterklasse daran hindern können, risikolos ihre ganze Kampfkraft einzusetzen für ihr elementarstes Lebensinteresse. Die Arbeiterklasse muß auch in dieser Hinsicht von ihrem Klassengegner, dem Kapital, lernen. Als die Leipziger Metallarbeiter vor einigen Wochen im Kampfe standen, haben sich die übrigen Metallindustriellen in Sachsen den Tausch um den für ihren Bezirk noch bestehenden Arbeitszeiterordnungen gekümmert. Sie haben auch in ihren Betrieben die Arbeiter ausgeperrt. Fortak, der Führer der Metallindustriellen, hat diesen Tarifbruch offiziell verteidigt mit dem Argument, die sächsische Ausperrung wäre eine Solidaritätsaktion für die Leipziger Metallarbeiter.

Gut, für die deutsche Arbeiterklasse ist jetzt in diesen Tagen und „fortak“ die Verweigerung jeglicher Heberzeitarbeit über 8 Stunden und im Bergbau unter Tage über 7 Stunden hinaus der proletarische Solidaritätskampf für den Achtstundentag!

Es ist auch gleichzeitig der Solidaritätskampf für die Millionen arbeitsloser Klassenangehörigen.

Proletarier Deutschlands! Arbeiter, Angestellte und Beamte! Steht in dieser Stunde der Gefahr alle eure politischen oder sonstigen Meinungsabstufungen zurück. Jeder Lohnarbeiter und Gehaltsempfänger, ob arbeitslos, sozialdemokratisch, kommunistisch oder parteilos eingestellt, hat ein gleich großes Interesse an einer menschenwürdigen Arbeitszeit, an der Verminderung der Ausbeutung, an der Erhaltung und Sicherung des Achtstundentages.

Schließt euch zusammen in diesem Kampf! Zwingt widerstrebende Gewerkschaftsführern euren Willen an! Steht die geschlossene proletarische Kampffront um den Achtstundentag her gegen die einheitliche Ausbeuterfront!

Ihr seid imstande, das Heberstundenregelwerk des Bürgerkriegs zu zertrümmern! Ihr habt die Kraft und die Macht, den ausnahmslosen Achtstundentag herzustellen. Keine Macht der Erde kann euch widerstehen, wenn ihr einig und geschlossen kämpft!

Vor großen Kämpfen im Ruhrbergbau Ausfahrt nach 7 Stunden — Die Polizei besetzt die Ruhrzechen

Berlin, 1. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Sämtliche Zechenanlagen im Ruhrgebiet wurden heute von Schichtwechsel von der Polizei besetzt. Auf der Schichtanlage Stinnes 1 und 2 wurden 1000 Mann ausgeperrt, ebenso in anderen Schichten, weil die Arbeiter die Siebenstundenschicht erzwingen wollten. Um 4 Uhr fand eine Belegschaftsversammlung, die von mehreren tausend Mann besucht war. Raft und es wurde beschlossen, den Kampf fortzusetzen. Auf Zernhard 1 hat die Belegschaft die Siebenstundenschicht verlangt, und als die Verwaltung die Ausfahrt verweigerte, 1 Stunde bis zur Ausfahrt am Schichtausgang gemauert. Die Verwaltung hat bei Wiederholung dieser Kampfmaßnahmen Ausperrung der gesamten Belegschaft angekündigt. Auf Hamborner Zechen Rhein 1 und Thülen 34 forderten eine große Anzahl der Bergarbeiter nach der Siebenstundenschicht die Ausfahrt, sie wurden mit Gewalt an der Ausfahrt verhindert, außerdem brachte man ihnen mit Knütteln und Strafen. Die Erregung unter den Bergarbeitern des Ruhrgebietes ist außerordentlich hoch, so daß damit zu rechnen ist, daß sich aus den ersten Anfängen größere Kämpfe entwickeln.

Schon gestern haben wir über die Mahnung des sozialdemokratischen preussischen Innenministers berichtet. Wie Genarung 1921 keine Polizei gegen die mitteldeutsche Arbeiterschaft aufmarschieren ließ, so lenkt jetzt Genarung keine Volkstruppen gegen die Ruhrbergarbeiter. Die Sozialdemokratie der preussischen „Republik“ greift in den Kampf gegen die Ausbeuter ein, nach dem dieser Kampf überhaupt begonnen hat. Dieser ungeheuerliche Angriff auf die Rechte der Arbeiter muß

Vor schweren Nachtkämpfen des deutschen Chemiekapitals

In der deutschen Großindustrie bereiten sich gegenwärtig Nachtkämpfe vor von einem Ausmaß, das man bisher in Deutschland noch nicht erlebt hat, und mit Auswirkungen auf die breiten Volksmassen, gegen die selbst die Folgen der Kriegsverlustungen verblühen werden. Im Mittelpunkt dieser Kämpfe steht das deutsche Chemiekapital, das im Chemietrakt der 3. G. Nebenindustrie in keinen entscheidenden Teilen zusammengefaßt ist. Während diese Industrie vor dem Kriege ihre Hauptgewinne aus der Feinproduktion von Chemikalien, vor allem aus Antikongentzen, bezog, in welchen Zweigen sie geradezu ein Monopol behielt, ist sie durch die Kriegsauswirkungen auf ganz andere Produktionsgebiete gedrängt worden, die den Aktionsradius und die Nachtkämpfe der deutschen chemischen Industrie vervielfacht haben.

Von der chemischen Feinindustrie auf die chemische Großindustrie; während der Kriegsblokkade, die durch die Drosselung der amerikanischen Salpeterimporte (wichtige Stickstoffverbindungen) sowohl die Ernährung (Salpeter ist das wichtigste Düngemittel) als auch die Rüstung (Salpeter wird zur Munitionsherstellung gebraucht) zu vernichten drohte, wurden mit geringen Staatsmitteln riesige Anlagen zur Stickstoffherzeugung aus der Luft errichtet und durch die heute zum Chemietrakt gehörenden Komplexen betrieben. Während die Antikongentzen-Produktion durch die Errichtung neuer Konkurrenzindustrien in verschiedenen Teilen der Welt während des Krieges an Bedeutung sehr verlor, wurde hier ein Ersatz geschaffen, der nicht nur die Verluste aus dem verringerten Kohlenexport deckte, sondern sogar die Gewinne gegenüber der Vorkriegszeit vervielfachte. Mit Hilfe dieser Stickstoffgewinne aus der Stickstoffproduktion, die man auf jährlich 140 Millionen Mark schätzt, finanziert der Chemietrakt auf sein Vordringen auf ganz neue Massenproduktionsgebiete, z. B. die Errichtung von Zechenanlagen der Kohlenverflüchtigung bei Herborn.

Der Chemietrakt hatte für die Stickstoffherzeugung durch den Besitz der größten und leistungsfähigsten (auf Kosten der Steuerzahler errichteten) Anlagen ein unüberwindliches Monopol auf dem inländischen Stickstoffmarkt. Durch seine langjährige Erprobung auf diesem Gebiete, durch seine immer weiter durch rationalierten Zechenanlagen war er auch dem Ausland auf diesem Gebiete so gewaltig voraus (die anderen Länder konnten während des Krieges genügend Stickstoffverbindungen aus Chile einführen und brauchten keine künstlichen Anlagen), daß er auf dem Weltstickstoffmarkt in gewisser Umfange ein Monopol behielt. Hier bereitet sich jetzt ein ernsthafter Wandel vor. Im Jahre werden vor allem von der westdeutschen Schwerindustrie große Anstrengungen unternommen, um mit neuartigen Verfahren und mit kapitalistischer Unterstützung in das wichtigste Produktionsgebiet des Chemietrakts, die Stickstoffherzeugung, einzudringen.

Aber auch auf dem Weltmarkt bahnt sich eine völlige Umstrukturierung an. In England, Frankreich und Amerika werden Zechenanlagen für künstliche Stickstoffgewinnung vorbereitet. Dem kommt, daß in Chile, dem Lande mit den unerschöpflichen Salpeterlagern, die große nordamerikanische Sümpfenbetriebe Gruppe auf die Salpeterproduktion Einfluß genommen hat, und durch neuartige Förderungsverfahren der Salpeterpreis um mehr als die Hälfte zu sinken und so den Kampf gegen den künstlichen Stickstoff aufzunehmen. Also neue Konkurrenten entstehen auf allen Seiten. Was wenn der Chemietrakt seine hohen Monopolgewinne für die deutsche Landwirtschaft aufrechterhalten will, wenn er keinen so rentablen Stickstoffmarkt nicht in absehbarer Zeit verlieren will, muß er sich betätigen zum Kriege mit seinen Konkurrenten rüsten.

Das tut auch der Chemietrakt, und die Wege, die er hierbei beschreitet, bedeuten eine so ernsthafte Gefahr für das wertvolle

ein Signal für die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands sein, zeigt er doch, daß die kapitalistische Hindenburg-Republik dabei ist, Lohn- und Arbeitszeiterkämpfe überhaupt unmöglich zu machen.

Die Gewaltmaßnahmen, die die Bergarbeiter an der Ausfahrt verhindern, zeigen, daß die Kapitalisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten bereit sind, die Arbeiter mit Gewalt zur Arbeit zu zwingen. Der erste Schritt zum Arbeitszwang wird durchgeführt, die weiteren Maßnahmen werden folgen, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft gegen diese treue „Republik“ auftritt.

In der gleichen Linie des Vorgehens der Unternehmer und der Staatsmacht gegen die Arbeiter, liegt der

Schwandjudebriand in der sächsischen Metallindustrie. Der „Erlaß“ der Verhandlungen ist entsprechend der zeitlich-mittleren Gewerkschaftspolitik: 51-Stundenwoche, keine Erhöhung der Ferienzeit, Lohnverhöhung um ganze 6 (sechs) Pfennig in der Spitze, Einjährige Tarifdauer.

Die Forderungen der Metallarbeiter auf die 44-Stundenwoche sind natürlich gar nicht berücksichtigbar. Die Lohnverhöhung ist eine alte Verhöhung, insbesondere, da diese schon allein durch die neue Preterhöhung fortgenommen wird. Eine Verbesserung der Lebenshaltung der Metallarbeiter tritt durch den neuen Tarif nicht ein. Die Freile Löcher steigen, die Gewinne der Unternehmer auch. Die Metallarbeiter müssen sofort daran gehen, den Abwehrkampf gegen diesen Schicksalsspruch aufzunehmen, erreicht er doch nicht einmal das, was mit dem Arbeitgeberverband abgemacht war.

Die Unternehmer wagen die treue Propaganda, weil sie auf die Unterstützung des Staates und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten rechnen. Die Arbeiterschaft muß mit dem Kampfe um bessere Bedingungen antworten.